

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbestellung. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. Januar 1919

Einzelgepreis: Vereins-, Berichts-, Arbeitsmarkt- und Lebensanzeigen 20 Pf., die fünfgehaltene Zeile; Anzeigen- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 4

### Tagung des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker am 19. Dezember 1918.

Der Bericht der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ (in Nr. 52 vom 28. Dezember) über das Zustandekommen der Tagung des Tarifausschusses am 19. Dezember veranlaßt uns, zur Feststellung des Tatbestandes das nachstehende Rundschreiben zu veröffentlichen.

Berlin, 2. Januar 1919.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin, den 22. Dezember 1918.

### Rundschreiben

an die Herren Mitglieder des Tarifausschusses.

Durch Bekanntmachung vom 18. November, wiedergegeben in den Organen der Tarifgemeinschaft am 22. und 23. November 1918, veröffentlichte das Tarifamt den nachstehenden Bescheid:

a) Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker hat mit Zustimmung des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker beschlossen, zur Regelung aller derjenigen Angelegenheiten aus dem Arbeitsverhältnisse, die mit der Übergangswirtschaft in Zusammenhang stehen, einen besonderen Buchdruckerat zu bilden und diesem die Beratung derartiger Angelegenheiten sowohl als die hieraus sich ergebenden Beschlüsse und deren Durchführung zu übertragen.

Es wurde in derselben Bekanntmachung des ferneren festgelegt:

b) Die Verhandlungen des Buchdruckerats werden unter Beachtung der Geschäftsordnung des Tarifausschusses geführt.

c) Die vom Buchdruckerat gefaßten Beschlüsse haben für sämtliche Berufsangehörige verbindliche Kraft und sind deshalb auch von allen Berufsangehörigen zu befolgen.

Unter Beachtung dieser Grundsätze trat der Buchdruckerat am Montag, dem 16. Dezember, zu einer Verhandlung zusammen. Die Einladung der auswärtigen Mitglieder war telegraphisch und schriftlich erfolgt. In der Einladung war bemerkt, daß der Buchdruckerat sich mit einer Anzahl Streitfragen sowie mit denjenigen Angelegenheiten beschäftigen werde, die sich aus der inzwischen weiter veränderten wirtschaftlichen und gewerblichen Lage ergeben hätten. Eine besondere Tagesordnung war der Einladung nicht beigefügt.

Die Einberufung des Buchdruckerats für den 16. Dezember erfolgte auf Grund der nachstehenden Vorgänge:

Am 2. bis 4. Dezember hatten die Gauvorsitzer des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Leipzig sich zu einer Beratung zusammengefunden. Es wurde von dieser Konferenz u. a. beschlossen, daß der Verbandsvorstand mit dem Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins unverzüglich in Verhandlung über eine weitere Erhöhung der Feuerungszulagen eintreten solle. In Ausführung dieses Beschlusses kamen am Donnerstag, dem 5. Dezember, Vertreter des Hauptvorstandes des D. B. V. und des Verbandsvorstandes in Leipzig zu einer Aussprache zusammen. Über diese Aussprache erhielt das Tarifamt durch den Verbandsvorsitzenden dem Sinne nach den folgenden Bericht:

Die Aussprache habe ergeben, daß die an derselben beteiligten Vertreter des Hauptvorstandes des D. B. V. die verbandsseitig aufgestellte Forderung auf Erhöhung der Feuerungszulage nicht abgelehnt hätten, sondern daß man sich bereit erkläre, in dieser Sache am Freitag, dem 13. Dezember, in Leipzig zu einer gemeinsamen Beratung zusammenzutreten. Zu dieser Beratung sollten u. a. von beiden Parteien diejenigen Mitglieder des Tarifausschusses herangezogen werden, die auch dem Buchdruckerat als Mitglieder angehörten. Dem Tarifamt sollten die Vorstehenden und der Geschäftsführer an dieser Verhandlung teilnehmen. Die in der gemeinsamen Beratung zu erwartende Verständigung sollte dann dem Buchdruckerat zur Genehmigung und Inkraftsetzung übergeben werden. Die Vertreter beider Parteien kamen auch darüber überein, daß der Buchdruckerat schon am Montag, dem 16. Dezember, zur Erledigung dieser Angelegenheit zusammenzutreten solle. Die Verbandsleitung übernahm es, hiervon dem Tarif-

amt zum Zwecke der Einberufung des Buchdruckerats Kenntnis zu geben.

Eine weitere Mitteilung über diesen Vorgang erhielt das Tarifamt zunächst nicht. Am 12. Dezember wurde dem Tarifamt durch den Verbandsvorstand davon Kenntnis gegeben, daß die für Freitag, den 13. Dezember, angelegte Verhandlung in Leipzig nicht stattfinden könne, weil die eingeladenen Herren des D. B. V. wegen Verkehrsschwierigkeiten Leipzig nicht erreichen könnten. Der Verbandsvorstand aber habe dem Hauptvorstand des D. B. V. umgeben davon Kenntnis gegeben, daß er die für den Ausfall der Beratung gebende Begründung als zureichend nicht anerkennen vermöge, denn die auswärtigen Gehilfenmitglieder hätten die Zurelle auch möglich gemacht; an der Sitzung des Buchdruckerats am 16. Dezember müsse deshalb festgehalten werden.

Am 14. Dezember reichte der Verbandsvorstand beim Tarifamt die nachstehenden Anträge zwecks Beratung durch den Buchdruckerat ein:

1. Antrag auf sofortige Erhöhung der Feuerungszulagen.
2. Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit an den Sonnabenden von acht auf sechs Stunden.
3. Antrag auf Abänderung des Absatzes 5 der Beschlüsse des Buchdruckerats vom 18. November: der Zuschlag von 10 Proz. für berechnende Seher soll nicht nur den Laufendpreis, sondern den gesamten Verdienst betreffen.
4. Antrag auf präzisere Fassung des Absatzes 10 der Beschlüsse vom 18. November.
5. Antrag auf nur ausnahmsweise Einstellung von Lehrlingen bei den nächsten Einstellungsterminen im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit.

Diese Anträge konnten dem Buchdruckerat erst in der Sitzung vom 16. Dezember vorgelegt werden. Die auswärtigen Prinzipalsmitglieder des Buchdruckerats waren aber durch die ihnen vom Hauptvorstand des D. B. V. ausgegangene Einladung davon unterrichtet, daß der Buchdruckerat über eine Erhöhung der Feuerungszulagen, über die sich beide Parteien vorher verständigen wollten, zu beschließen haben werde.

Die Sitzung des Buchdruckerats am 16. Dezember fand statt. Von den auswärtigen Prinzipalsmitgliedern derselben waren die Herren Münstermann, Deppe und Grahl nicht erschienen; die Herren Karras und Friedrich waren anwesend. Der D. B. V. war vertreten durch die Herren Dr. Petersmann, Säuberlich und Emundt. Die auswärtigen Gehilfenmitglieder waren vollständig erschienen.

Bei Aufnahme der Beratung über Erhöhung der Feuerungszulagen erklärten die Vertreter des D. B. V., daß sie den Buchdruckerat nicht für zuständig erachteten, über diesen Antrag Bescheid zu fassen. Sie verlangten Einberufung des Tarifausschusses und erklärten, daß sie sich entsamen müßten, falls der Buchdruckerat über den Gehilfenantrag beraten und beschließen wollte.

Gegen diesen Einwand erhoben die Gehilfenvertreter scharfen Protest und erklärten, daß die Einberufung des Buchdruckerats für die Beratung und Erledigung der vorliegenden Anträge auf einer Verständigung mit dem Hauptvorstand des D. B. V. beruhe, und daß sie deshalb auch auf einer Beschlusfassung beharren müßten.

Eine mehrstündige Verhandlung über diesen Kompetenzkonflikt führte zu keiner Verständigung. Der vom Geschäftsführer des Tarifamts gemachte Vermittlungsvorschlag, über die vorliegenden Anträge zu beschließen, die endgültige Beschlusfassung aber dem Tarifausschuh auf schriftlichem Wege zu überlassen, wurde von den Vertretern des D. B. V. nicht unterklift. In der Nachmittags Sitzung erklärten die Gehilfenvertreter sich bereit, dem Antrag auf Einberufung des Tarifausschusses zuzustimmen, verlangten aber dessen sofortige Einberufung. Im gegenseitigen Einverständnis wurde schließlich der 19. Dezember als Verhandlungstag mit allen Stimmen angelegt; telegraphische Einladung wurde beschlossen und der Inhalt der dringenden Telegramme genehmigt.

Am 18. Dezember traf beim Tarifamt ein Schreiben des Hauptvorstandes des D. B. V. ein, mit welchem derselbe gegen eine Verhandlung des Tarifausschusses Protest erhob. Es wurde der Einwand erhoben, daß die Einberufung des Tarifausschusses durch das Tarifamt nicht ordnungsmäßig erfolgt sei, indem weder die Einberufung, noch die Bekanntgabe der Tagesordnung durch die Organe der Tarifgemeinschaft geschehen sei, wie dies tariflich vorgeschrieben wäre. Die Vertreter des D. B. V. hätten deshalb Auftrag erhalten, der Verhandlung des Tarifauss-

schusses fernzubleiben. Griffige Einberufung wurde beantragt. Einwaige Beschlüsse des Tarifausschusses würden ungültig sein. Zu gleicher Zeit und später trafen beim Tarifamt auch Telegramme der Herren Diers, Münstermann, Mahian, Deppe, Grahl, Thalacher und Wagner ein, mit welchen Einspruch gegen die nicht ordnungsgemäße und überballte Einberufung erhoben und die Nichtteilnahme an der Verhandlung gemeldet wurde. Auch wurde auf die bestehenden Verkehrsschwierigkeiten hingewiesen.

Gegenüber dieser Sachlage vertrat das Tarifamt den folgenden Standpunkt: Der Buchdruckerat ist gebildet worden zur Regelung aller derjenigen Angelegenheiten aus dem Arbeitsverhältnisse, die mit der Übergangswirtschaft zusammenhängen. Dazu gehört auch die beantragte Erhöhung der Feuerungszulage. Trotzdem ist dem Verlangen der Vertreter des D. B. V., diese Angelegenheit dem Tarifausschuh zur Erledigung zu überlassen, stattgegeben worden. Ein Anlaß hierzu lag jedoch nicht vor, denn die Beschlusfassung des Buchdruckerats in dieser Angelegenheit entsprach dem ausdrücklichen Wunsche des Hauptvorstandes des D. B. V., geäußert in der Besprechung mit den Vertretern des Hauptvorstandes des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in der Leipziger Verhandlung am 5. Dezember. Der von den Vertretern des D. B. V. in der Sitzung des Buchdruckerats am 16. Dezember erhobene Einwand der Nichtzuständigkeit des Buchdruckerats stand zu diesem Vorgang in direktem Widerspruch. Er legte sich aber auch in Widerspruch zu dem anerkannten Zweck und zu den zugestandenen Aufgaben des Buchdruckerats.

Die Zusammenberufung des Tarifausschusses entsprach dem ausdrücklichen, in der schärfsten Form vorgebrachten Verlangen der Vertreter des D. B. V. Die für die Einladung gewählte Form sowie der für die Beratung angelegte Termin fand die Zustimmung derselben Herren. Der nachträgliche Protest des Hauptvorstandes des D. B. V. gegen Form und Termin der Einberufung des Tarifausschusses stand deshalb in Widerspruch zu der von seinen bevollmächtigten Vertretern in der Sitzung des Buchdruckerats vom 16. Dezember eingenommenen Stellung.

Ganz abgesehen davon, daß die Einberufung des Tarifausschusses rüchgängig zu machen nicht mehr möglich war, ist durch das vollständige Erscheinen der Gehilfenvertreter bewiesen, daß auch den Prinzipalsmitgliedern die Teilnahme an der Verhandlung trotz bestehender Verkehrsschwierigkeiten nicht unmöglich gemacht war. Das Tarifamt war ferner der Auffassung, daß in der heutigen Zeit, die schnelle Entschlüsse fordert, an der für die Einladung festgelegten Form nicht festgehalten werden könne, wenn begründeter Anlaß hierzu vorliegen sollte. Ein solcher Anlaß lag nach Überzeugung des Tarifamts vor, hervorgerufen einestells durch die auf der Konferenz der Gauvorsitzer des Verbandes der Deutschen Buchdrucker gefaßten Beschlüsse, andererseits bestimmt durch behördliche Anordnungen für andre Gewerbe und durch das rüchichtslose Eingreifen der Arbeiter- und Soldatenräte in jede gewerbliche Ordnung, durch das auch unsre Tariffrage gefährdet wurde.

Der Tarifausschuh trat deshalb am 19. Dezember zur Verhandlung zusammen. Die Vertreter des D. B. V. waren nicht erschienen. Von den Prinzipalskreisvertretern waren anwesend die Herren Karras, Keenemann, Friedrich, Fiechlag und Fischer. Der Tarifausschuh war somit nicht beschlußfähig. Die Gehilfenvertreter und die Vertreter der Gehilfenverbände verlangten trotzdem Beratung ihrer Anträge und Beschlusfassung darüber. Sie erhoben scharfen Protest gegenüber dem Verhalten des Hauptvorstandes des D. B. V., den sie auch für das Fernbleiben der Mehrheit der Prinzipalskreisvertreter verantwortlich machten, und erklärten, daß sie sofort die Hilfe der Reichsbehörde in Anspruch nehmen würden, wenn der zur Verhandlung erschienene Teil der Prinzipalsvertreter sich auf den Standpunkt des Hauptvorstandes des D. B. V. stellen sollte.

Sämtliche anwesenden Vertreter beider Parteien sowohl als der Präsident der Tarifgemeinschaft und die Mitglieder des Tarifamts stimmten darin überein, daß dem Protest des Hauptvorstandes des D. B. V. und der sich anschließenden sieben Prinzipalsvertreter nicht Rechnung getragen werden könne, sondern daß von den Anwesenden über die vorliegenden Anträge beraten und beschloffen werden müsse, aus beruflichem und vaterländischem Interesse. Es wurde ferner einstimmig beschlossen, für die bei nicht ordnungsgemäßer Belegung des Tarifausschusses zustande gekommenen Beschlüsse die Zustimmung des Demobilisations-

amts einzuholen und von diesem die Billigkeitserklärung der Beschlüsse und deren Infraktion zu erbitten.

In zweifelhafte, bis in die frühen Morgenstunden des andern Tags hinausgehenden Verhandlung begründeten die Gehilfenvertreter ihren Antrag auf Erhöhung der Feuerungszulage, indem sie nachwies, in welchem Umfange seit der letzten Sitzung des Tarifausschusses die Löhne anderer Arbeiter gestiegen seien; welche Einbuße an Verdienste die Gehilfen durch den notwendig gewordenen Fortfall der Überstunden erlitten, und wie überhaupt mit dem jetzigen Verdienste nicht länger auszukommen sei. Es wurde die Inanspruchnahme der Reichsbehörde für erforderlich erachtet, wenn die Gehilfenschaft zu einem auskömmlichen Lohne kommen wollte; auch erklärte die Gehilfenvertretung auf das Bestimmteste, daß sie gegenüber dem Verhalten des Hauptvorstandes des D. B. V. einen andern Weg nicht mehr gehen könnte.

Die Prinzipalvertreter suchten in ebenso gründlicher Weise den Beweis zu führen, daß das Buchdruckgewerbe neue Kosten kaum zu ertragen vermöge, keinesfalls aber in der Lage wäre, dem so weitgehenden Antrage der Gehilfenvertreter entsprechen zu können. Die aus der Ablehnung dieses Antrages sich ergebenden Folgen würde die Prinzipalität zu ertragen wissen.

Auch die Gehilfenschaft des Tarifamts griff in die Verhandlung einfallend und vermittelnd ein.

Das Ergebnis der Verhandlung war schließlich eine Vereinbarung auf der Ihnen bereits zugegangenen Grundlage.

Am zweiten Verhandlungstage nachmittags fand auf dem Demobilisationsamt unter dem Vorstehe des Herrn Staatssekretärs Koelch die Schlußverhandlung in dieser Angelegenheit statt. Hierbei wurde eingehend der Sachverhalt klargestellt und nichts verschwiegen, was zu der nicht ordnungsgemäßen Einberufung des Tarifausschusses und zu der Beschlusunfähigkeit desselben zu sagen war. Trotzdem eine Verständigung zwischen den Parteien über eine Erhöhung der Feuerungszulagen bereits erzielt war, so nahmen doch die Vertreter der Parteien Gelegenheit, auch vor dem Demobilisationsamt nochmals ihre gegenteiligen Ansichten über die gestellten Anträge zu entwickeln.

Das Ergebnis dieser Verhandlung mit dem Demobilisationsamt ist Ihnen bereits zugegangen; wir geben daselbe am Sonnabendabend noch zur Post, um Sie schnellstens davon zu unterrichten. Nach diesem Ihnen zugegangenen Berichte hat die zwischen den Vertretern beider Parteien erzielte Vereinbarung die Bestätigung des Demobilisationsamts gefunden; die gestellten Beschlüsse haben damit für das gesamte deutsche Buchdruckgewerbe verbindliche Kraft erhalten.

Das Tarifamt und auch ein Teil der Verhandlungsteilnehmer ist diesen Weg zur Reichsbehörde aus den verschiedensten, auch Ihnen zum Teil bekannten Gründen nicht gern gegangen. Die in vorstehenden Ausführungen geschilderten bedauerlichen Vorgänge waren aber die Veranlassung dazu. Den hieraus ergebenden Maßnahmen sich zu entziehen und die Dinge ihren Lauf gehen zu lassen, lehnten die Verhandlungsteilnehmer einstimmig ab, weil sie sich für das Wohl und Wehe unseres Gewerbes voll verantwortlich fühlen. Sie werden deshalb ihre Stellungnahme zur Sache auch den Tarifparteien gegenüber mit gutem Gewissen vertreten können.

Hochachtungsvoll

Rud. Ullstein, Alh. Faber,  
Prinzipalvorsitzender. Stellv. Gehilfenvorsitzender.  
Paul Schlichts,  
Gehilfenführer.

## Unser heutiger Lohn

Es muß einmal deutlich ausgesprochen werden, daß unser Lohnpolitik während des Krieges nicht immer glücklich zu nennen war. Wir haben eben zu lange gewartet; 1916 hätte schon fester zugegriffen werden sollen, als man deutlich sah, wie die Landwirtschaft a. B. fortwährend scharf nach Erhöhung ihrer Produkte, Krämen usw. Sie hat es mitterhall mit Hilfe der damaligen Regierung verstanden, dem werkschlüssigen Volke den letzten Groschen aus der Tasche zu holen. Anders bei uns Buchdruckern. Mit einer freiwillig zu zahlenden Feuerungszulage, Staffellung usw. hing die Sache an, bis am 1. August v. J. endlich die erste nennenswerte Zulage eintraf, die am 1. Dezember v. J. um weitere 3 Mk. stieg. Wiederholt wurden den Kollegen empfohlen, zur Selbsthilfe zu greifen. Aber nur wenige hatten den Mut, durch Stellungswandel ihren Lohn zu erhöhen. Den Profit vom Verändern hatten meistens die hochgebildeten Kollegen, die dann eine kleine Aufbesserung bekamen, um sie an die Scholle weiterhin zu lassen. Ein großer Teil Kollegen konnte aus militärischen Gründen überhaupt nichts unternehmen, trotzdem gab es aber noch einen beträchtlichen Teil Kollegen, die etwas zur Verbesserung ihres Lohnes hätten unternehmen können, wenn sie nur gewollt hätten.

Mit dem 1. Januar d. J. trat nun eine abermalige Erhöhung der Feuerungszulage von 10 bis 15 Mk. wöchentlich ein. Also innerhalb eines halben Jahres eine Erhöhung der Feuerungszulage von wöchentlich 24 Mk. angefallen. Daß dieses scheinbare Steigen unrer Prinzipalität Kopfschmerzen verursacht, können wir uns denken. Die Stellungsbetriebe werden durch Anzeigenpreisrückgänge sich schädlos halten, anders bei den Abgabendruckereien. Die vielen Betriebe mit einem oder zwei Gehilfen und vier oder fünf Bebrillungen werden natürlich nicht derartige Preise machen als Betriebe, die mit vielen Gehilfen und wenig Bebrillungen arbeiten und daher höhere Ausgaben zu verzeichnen haben. Die Schwaibkonkurrenz der kleinen

Betriebe muß eben unterbunden werden, und das kann nur geschehen, indem die Bebrillungsverhältnisse sobald als möglich, eventuell mit Hilfe der Regierung, so gestaltet werden, daß sie Gewähr für gesunde Preis- und Lohnverhältnisse schaffen.

Damit soll aber nicht etwa gesagt sein, daß unser Gewerbe die jetzigen Löhne nicht ertragen könnte. Unsere früheren, heimeswegs glänzende Minimumloshaltung sprang eben auch auf die feure Kriegszeit über und behauptete sich in ihrer „Höhe“ so lange, während alle andern Artikel riefig in die Höhe gingen.

Nun gibt es viele Kollegen, die unsre Bezahlung fortwährend herabziehen. Jeder einzelne hätte schon früher versuchen sollen, herauszuholen, soweit als eben möglich ist. Bei den jetzigen Löhnen ist das freilich sehr schwer. Durch die Staffellung unrer Feuerungszulagen sind früher die Höherentlohnern arg gedrückt worden, während die große Masse besser fuhr. Nachdem die Staffellung leinertelt so schwer bekämpft wurde, kann ich es allerdings nicht verstehen, warum man den Maschinenlehren diesmal höhere Zulagen verschafft hat. Was dem einen recht ist, ist doch dem andern billig. Mit demselben Rechte müßte man den Abgabendruckern, Metallern, Retalitionen, Korrektoren usw. auch eine höhere Feuerungszulage verschafft haben. Was wird von einem Abgabendruckler heutzutage nicht alles verlangt: Kopplattenschneiden, Zeichnen, Schützieren, Schreibschreiben usw. Er muß Fachzeitschriften halten, Handverfassung usw. auf seine Kosten vielfach abgeben usw. Warum sind es gerade wieder die Maschinenlehren, denen man auf Kosten der Gesamtheit oder durch die Gesamtheit eine höhere Zulage verschafft hat? Man scheint wieder in den alten Fehler zu verfallen zum Schaden der Gesamtkollegenchaft und der Kollegialität. Bei der heutigen intensiven Ausnutzung aller Arbeitskräfte kann nicht einzelnen Berufsgruppen eine Extrazulage geboten werden.

Wie bereits vorhin erwähnt, war unsre Bezahlung schon vor dem Krieg eine zu niedrige. Löhne, wie wir sie jetzt bestehen, halten bereits im Frieden verschiedene Berufs, die eine kürzere Lehrzeit abzulernen brauchen als die Buchdrucker, a. B. Polierer, Former, Treher usw. Allerdings arbeiteten die Betreffenden täglich zehn Stunden, und meist im Akkord. Ihre heutige Arbeitsweise steht leider auch nicht weit von Akkordarbeit. Man sucht doch überall möglichst viel aus dem Personal herauszuholen.

Was ist denn heute mit einem Minimum von etwa 70 Mk. anzufangen? Galt alle Lebensbedürfnisse und Wirtschaftskartikel sind um 500—600 Proz. gestiegen. So kostet z. B.:

	früher	jetzt
eine Arbeitsstole . . . . .	6 Mk.	50 Mk.
ein Jackel wenden . . . . .	6	20
ein Paar Hauschuhe . . . . .	1,25	8
ein Filzhut . . . . .	3	15
ein Artklohemd . . . . .	5	53
eine Unterhose . . . . .	3	18
ein Paar Strümpfe . . . . .	0,75	8
ein Paar Schuhe befohlen . . . . .	3	15
ein Emalletopf . . . . .	1	6,50
ein Gummiropfen . . . . .	0,15	5
eine Zange . . . . .	0,50	3

Das sind nur wenige Sachen, die aber ab und zu in der Familie doch trotz Feuerung angeschafft werden müssen. (Die Preise einzelner Gegenstände dürfen eher zu niedrig als zu hoch eingeleht sein, so ist a. B. ein Filzhut für 15 Mk. in ganz Leipzig nicht auszukriegen. Red.) An Kleidung jeglicher Art kann der Buchdrucker gar nicht denken. Sein Gehalt geht für Steuern, Miete, Feuerung und Lebensmittel gerade so auf. Wer kann sich denn heute einen Anzug für 400 Mk. leisten oder Schuhe für 80 Mk.? Der Buchdrucker von seinem jetzigen Minimum leidet nicht. Und so schreitet die Verarmung unrer Gehilfenschaft trotz abermaliger Zulage immer weiter, bis eine gewisse Grenze erreicht ist.

Trotz der schlechten sozialen Lage gibt es leider immer noch Kollegen, die in politischer Beziehung nichts gelernt und nichts vergessen haben. Sie hoffen alles von der Gewerkschaft, d. h. vom Verbands. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung sollten gerade wir Buchdrucker geschlossen mit dafür sorgen, daß beim Binden des nächsten Steuerbuchs die Arbeiterschaft etwas geschenkt wird und die fragwürdigen Schullern mehr herangezogen werden. Was nützen uns die fortwährenden Zulagen, wenn wir nicht eine Regierung bekommen, die die Prelle nach und nach abbaut und für geordnete, gesunde Zustände sorgt. Das muß offen ausgesprochen werden, ohne unrer Vertrauensstärkungspunkt zu verletzen — in unserm eignen Interesse und demjenigen unrer Verbandes. A. S.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Fn. Barmen.** Welche am 15. Dezember abgehaltene Verammlung, welche im Zeichen des Waffenstillstandes stattfand, erreichte sich eines guten Besuchs; waren doch die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen zahlreich erschienen. Laut Präsenzliste ergab sich die Anwesenheit von 65 Kollegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung blieb der Vorsitzende die heimgekehrten Kollegen herzlich willkommen, wünschend, daß diese jetzt wieder rege an dem Organisationsleben teilnehmen möchten; gleichzeitig richtete er auch seinen Dank an die Dabeimgewesenen, die den Ortsverein fest zusammenhielten. Nach der üblichen Ehrung der Toten, welche bis jetzt 26 beträgt, gab der Vorsitzende den Bericht von der Gauvorbesprechung. Ein Kollege wurde aufgenommen. Dem Kassierer wurde auf Antrag einstimmig Entlassung erteilt. Beschlossen wurde, den bis

zum 15. Dezember noch nicht zurückgekehrten Kollegen, verheirateten 10 Mk. und den ledigen 5 Mk., ferner den Kriegserwitwen 10 Mk. als Weihnachtsgabe zu überweisen. Der Antrag, den arbeitslosen Kollegen 5 Mk. und den ledigen 3 Mk. als Ertragszulage zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende sprach dann noch über die augenblickliche politische Lage und ersuchte, sich demnächst an den Wahlen zur Nationalversammlung vollständig zu beteiligen. Zum Schluß gab der Vorsitzende dem Gedankten Ausdruck, daß in Zukunft alle Verammungen so gut besucht werden möchten wie die heutige.

**Berlin.** (Schriftliche.) Der Vorsitzende blieb in der Verammlung am 27. Dezember die in großer Zahl zurückgekehrten Kriegsteilnehmer herzlich willkommen. 23 sind gefallen oder in Lazareten gestorben; ihr Andenken wurde geehrt. Zur Unterbringung der Heeresentlassenen sei bemerkt, daß der größte Teil bereits in den Wiedereinrichtungen wieder angefangen hat. Gegenwärtig sind aber noch 16 ohne Arbeit. Die Prinzipale haben erklärt, daß sie, ohne aufgefordert zu werden, sich für moralisch verpflichtet halten, denen, die vier Jahre das Vaterland verteidigt haben, Arbeit zu geben. Leider sei diesem Bestreben durch die Einschränkung des Gas- und Stromverbrauchs, ungenügende Metalllieferung, Vorräte, Reparaturbedürftigkeit der Maschinen und der Unmöglichkeit, Treibriemen und Schläuche zu bekommen, ein Hindernis entgegengestellt. Aber was irgend gesehen könne, solle gesehen, und wenn die Arbeitszeit auf die Fälle herabgesetzt werden müßte. Die Entschädigung für Verdienstausfall bei fünfstündiger Arbeitszeit, wie sie jetzt zwangsweise eingeführt ist, sei für die Gehilfen in betriebliger Weise geregelt. Vom 30. Dezember 1918 bis Ende März 1919 tritt für Gehilfen wöchentlich eine weitere Zulage von 5 Mk., vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen, für Arbeiterinnen eine Zulage von 2 Mk. ein. Zwecks Weitergeltung des Tarifs über den 31. März 1919 hinaus wurde beschlossen, mit den andern Städten in Verbindung zu treten wegen Einführung der Lohnarbeit. Von einer Kündigung oder Revision des Tarifs soll abgesehen, und nur über einzelne Punkte, die dringend der Abänderung bedürfen, soll im März verhandelt werden. Zu gleicher Zeit soll auch über die weitere Geltungsdauer des Tarifs mit den Prinzipalen verhandelt werden, vorbehaltlich der Zustimmung der Vereinsverammlung.

**-cke. Göttingen.** Am 22. Dezember fand in der „Kaiserhalle“ eine außerordentliche Bezirksvereinsverammlung statt, an der leider infolge der Verkehrseinschränkungen nur sehr wenige auswärtige Kollegen teilnehmen konnten. Der Besuch vom Bezirksvorort war sehr gut. Bezirksvorsitzer Sehnert begrüßte die aus dem Felde heimgekehrten Kollegen und forderte sie auf, sich rege am gewerkschaftlichen Leben zu beteiligen. Wiederum wurde des Dahinscheidens von zwei gefallenen Kollegen in ehrender Weise gedacht. Insgesamt sind aus dem Bezirke 24 Mitglieder dem Völkerringen am Opfer gefallen. Aber die am 8. Dezember in Hannover abgehaltene Bezirksvorbesprechung berichtete Kollege Sehnert in ausführlicher Weise. Auf Antrag des Vorstandes wurde einstimmig beschlossen, vom 1. Januar 1919 an das volle „Korr.“-Obligatorium einzuführen. Ferner wurde beschlossen, die bislang erhobene Ertragssteuer fallen zu lassen und vom 1. Januar zu erheben: Verbands- 150, Gau- 25, Bezirks- 15 und Ortsbeitrag 10 Pf. Der Antrag, die Graebische Vereinigung und die „Wiederarbeit“ wieder aufleben zu lassen, wurde allseitig ausgemittelt.

**Königsberg i. Pr.** Die fünfzigste Gedächtnisfeier der Gründung des Gaus Ostpreußen, die für den 1. Dezember in der Aula der Hindenburg-Oberrealschule geplant war, konnte leider nicht stattfinden. In letzter Stunde kam die Nachricht, daß sämtliche Schulen mit einrückendem Militär belegt und demzufolge alle Veranstaltungen rückgängig gemacht werden müßten. Telegraphisch und sonst postfisch wurden, je nach Lage der Verhältnisse, die eingeladenen Ehrengäste und Mitglieder des Gaus von der Verkleinerung der Feierlichkeit benachrichtigt. Eine Vorstandssitzung des Gauvorstandes hat nun beschlossen, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Zeitlage die Gedächtnisfeier mit dem im Jahre 1919 stattfindenden Gaultage zu verbinden. Für eingegangene Glückwunschktelegramme und -schreiben dem Zentralvorstande, den Gauvereinen Bayern, Hannover, Mittelrhein, Nordwest, Ober-, Ost- und Thüringen, Polen, Rheinland-Westfalen, Schellen, Schleswig-Holstein, Westpreußen, den Kollegen Ginius (Stieglitz), Kreislermann (Berlin), Jango (Danzig) und Kallwies (Hendelburg) herzlichsten Dank!

**Melungen.** Am 1. Januar beging die Buchdrucker von M. Bernecker, Melungen (Bezirk Kassel), den Tag ihres fünfzigjährigen Bestehens. Gleichzeitig konnte das in diesem Verlag erscheinende „Melunger Tageblatt“ (früher „Melunger Kreisblatt“) auf ein fünfzigjähriges Ergehen zurückblicken. Der Festtag war festlichst unterhalten und Personal zu einer kleinen Feier vereinigt, bei der das gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Ausdruck kam. Jedem Gehilfen wurde von einer in Höhe von 1000 Mk. ausgeworfenen Gesamtsumme ein ansehnliches Geschenk überreicht.

**h. München.** In der für den 29. Dezember, vormittags 9 Uhr, in die „Soloskumbierhallen“ einberufenen, stark besuchten allgemeinen Buchdruckerverammlung erstattete Gehilfenvertreter Semmerich Bericht über die Buchdruckerstaffellung vom 16. Dezember und die Tarifausgleichung vom 19. und 20. Dezember: Erhöhung der Feuerungszulagen ab 1. Januar 1919. In einstündigen Darlegungen schilderte er den Verlauf der nach Beilegung verschiedener von Prinzipalstelle verursachter

Kommunale schließlich doch noch zustande gekommenen Beratungen und gab am Schluß seines Vortrags die von der Verammlung mit Genugtuung entgegengenommenen Beschlüsse des Lariauschnusses in der Lohnfrage bekannt. Besonders Gewicht legte der Referent darauf, daß diese Vereinbarung inwischen Gescheskräft erlangt habe. In der lebhaften Aussprache wurde der Tätigkeit des Verbandsvorstandes und der Fortschrittler einmütig Anerkennung gezollt, da sie in richtiger Erkenntnis der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage der Gehilfenstandes gehandelt haben. Trotz der neuen Jugelstände könne aber nicht behauptet werden, daß die Buchdruckerlöhne im richtigen Verhältnisse zur immer noch steigenden Verteuerung aller Lebensbedürfnisse stehen. Von der neuen Regierung müsse verlangt werden, daß sie endlich an den Abbau der Lebensmittelpreise herangehe, dann werde auch ein weiteres Steigen der Löhne hintangehalten. Wie seit langer Zeit in allen Verammungen, wurde von fast allen Rednern das Infolge der Einschicklichkeit vieler Kollegen fast unausrottlbar scheinende Überstundenunwesen, namentlich in den Druckerläden, scharf kritisiert und entsprechende Maßnahmen gegen die „Überstundenkleber“ verlangt. Folgende Entschlüsse fand einstimmige Annahme: „Die Verammlung ist mit den Beschlüssen des Lariauschnusses insofern einverstanden, als die Zeit langer Zeit gestellten Forderungen einigermaßen Anerkennung fanden. Sie verurteilt die Obstruktion der Mehrzahl der Prinzipalvertreter durch Fernbleiben von der Tagung des Lariauschnusses und erblickt darin ein Verbrechen, das sich mit den Überstellungen und Grundränden der Larligenschaft nicht vereinbaren läßt. Die Verammelten stellen an die bayerischen Prinzipale die Forderung der reiflichen Durchführung der gefassten Beschlüsse und stehen mit allen tariflichen Mitteln hinter der tariflichen Gelebung. Die Verammelten erziehen die Volksregierung, unverzüglich geeignete Schritte zum Abbau der Preise für alle Bedarfsartikel zu unternehmen. Die von weit über 1000 Gehilfen beschulte Verammlung fordert von der Staats- und Stadtverwaltung, daß die Druckaufträge aller Behörden der im Gewerbe bestehenden Arbeitsgemeinschaft zu überweisen sind, und zwar so rechtzeitig, daß sie ohne Überstunden hergestellt werden können, unter Ausschaltung der gewerbeschiedlichen Submission. Die Gehilfenchaft lehnt es ganz entschieden ab, in Zukunft in den mit solchen Aufträgen überhäuftten Druckerläden Überstunden zu leisten, während andre Betriebe an Arbeitsmangel leiden und Hunderte von Gehilfen arbeitslos sind.“

**Elbst.** In unrer am 22. Dezember abgehaltenen Verammlung begrüßte Verührer der Schlag die zahlreich Erschienenen, ebenlo unsern Gauvorsitzer Reiser, in erster Reihe aber die Feldgrauen, die nun größtenteils zurückgekehrt waren. Eine offizielle Begrüßungsfeier wird auf einen späteren Zeitpunkt verlegt. Ferner hob der Vorsitzende hervor, daß wir zum erstmaligen unter ganz veränderlichen politischen Verhältnissen zusammen seien. Es wäre zu wünschen, daß sich die daran geknüpften Hoffnungen wenigstens teilweise erfüllen. Sodann hielt unser Gauvorsitzer einen Vortrag über die letzte Gauvorsitzerkonferenz. In lebendigster Weise entledigte er sich dieses Auftrags, erntete lebhaften Dank der Anwesenden, die sich mit den gefassten Beschlüssen einverstanden erklärten und auch die 30 Pf. Verbandsbeitragshöhung als gerechtfertigt in Kauf nahmen. Ferner wurde beschlossen, unsern konditionslosen Feldgrauen 30 Mk. zu Weihnachten aus der Vereinskasse zu zahlen. Der Ertrahbeitrag zur Unterstützung der Familien der Feldgrauen wird vom 1. Januar ab aufgehoben. Ein Antrag, unsern Ortsvereinsbeitrag von 10 auf 20 Pf. wöchentlich zu erhöhen, um für alles besser gerüstet zu sein, fand jedoch keine Annahme. Der vorgelassenen Zeit wegen wurde die Vorstandswahl bis zur nächsten Verammlung verlegt.

**Würgburg.** Die außerordentliche Generalversammlung vom 29. Dezember 1918 war der wichtigen Tagesordnung wegen sehr gut besucht. Leider mußten wir wiederum ein Kriegssopler beklagen, es ist in dieser Sache kein Schlupfwinkel gefastet; außerdem starb ein auf 25jährige Verbandsmitgliedlich zurückbildender Jubilar sieben Tage vor seiner Erbrung. Da der „Korr.“ am 28. Dezember zufolge der miltlichen Verkehrsverhältnisse noch nicht eingelassen war, konnte nur nach einer Notiz aus dem Berliner „Vorwärts“ über die neuerliche Feuerungszulage referiert werden. Die Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer wurde mit 1. Januar 1919 im Prinzip aufgehoben und diejenige für die in Gefangenschaft sowie im Felde sich befindlichen Soldaten anderweitig geregelt. Mit Rücksicht auf die Reichserwerbslosensfürsorge wurde der bestehende örtliche Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung vorläufig aufgehoben. Demzufolge konnte auch ab 1. Januar 1919 der örtliche Ertrahbeitrag in Wegfall kommen, so daß der örtliche Beitrag nunmehr (1,50 Mk. + 25 Pf. + 35 Pf.) 2,10 Mk. beträgt. Die Gesamtsomme der ausgeschiedenen Familienunterstützung beträgt 22000 Mk. Sie wurde aufgebracht durch den wöchentlichen Ertrahbeitrag von 50 Pf. und Zuschüsse von Zeiträ- bzw. Gaukassen; namens der Feldgrauen wurde hierfür Dank ausgesprochen, desgleichen der Schriftleitung der „Würgburger Neuesten Nachrichten“ für ihre aufopfernde Tätigkeit.

lich in der Bewilligung der Zulagen durch den größten Teil der Leipziger Druckerläden, nachdem der Prinzipalvertreter die Anweisung an seine Kollegen gegeben hatte, unter Vorbehalt zu zahlen.

**Nachahmenswertes Beispiel.** Aus Bremerhaven wird uns mitgeteilt, daß sich die Firma „Norddeutsche Volksstimme“, G. m. b. H., mit ihrer Personal dahin geeinigt hat, daß in den Jahren 1919 und 1920, insofern der schlechten Lage des Gehilfenstandes, keine Verhänge eingestellt werden. Die ab 1. Januar fällige Feuerungszulage wird in Höhe von 15 Mk. auch an die Handwerker gezahlt. Der Betrieb steht seit 14 Tagen unter militärischer Bewachung, damit er nicht in spariaktische Hände fällt. Im Gehilfenbüro steht ein Malchinengewehr, die Wache ist 20 Mann stark und vom Soldatenrat freiwillig gestellt. Auch diese Maßnahme dürfte sich nach den letzten Ereignissen als empfehlenswert erweisen.

**Buchdrucker im Arbeiter- und Soldatenrat.** In Berlin: A. Niemann als Vorsitzender des Soldatenrats der Artillerie-Prüfungskommission. — In Münster i. W.: W. Kollmann, Bielefeld, als Vorsitzender des Soldatenrats des Generalkommandos VII. A. S.; Duhme, Münster, als Vorsitzender des Armeefeldrats. — In Verden (Aller): Albert Jahl.

**Meisterprüfung.** Der Buchdrucker Kurt Koedel aus Dresden bestand vor der zuständigen Meisterprüfungskommission der Gewerbebehörde zu Dresden seine Meisterprüfung mit der Note „Gut“.

**Regelung der Arbeitszeit in München.** In den Münchner Druckerläden ist die Arbeitszeit ab 1. Januar einheitlich wie folgt geregelt worden: Von Montag bis mit Freitag wird je 8 1/2 Stunden, am Sonnabend 5 Stunden effektiv gearbeitet. Bei durchgehender täglicher Arbeitszeit von 8 Stunden ist laut Regierungsverfügung eine Pause von einer halben Stunde auf Rechnung der Prinzipale zu gewähren. Diese Abmachung hat Gültigkeit bis 1. April 1919.

**Eine Kundgebung der Vertragsgemeinschaft der Faktoren.** Um die Wiedereinstellung der aus dem Felde zurückkehrenden Faktoren, Geschäftsführer, Obermaschinenmeister und Abteilungsleiter zu erlangen, trat die Vertragsgemeinschaft der Prinzipale und Faktoren mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit. In dieser Kundgebung werden die Arbeitgeber dringend gebeten, ihre Dankbarkeit gegen die früheren Vertrauensleute dadurch zu beweisen, daß sie ihnen sofort nach der Rückkehr ihre alten Plätze wieder einräumen, wenn auch in vielen Betrieben nur in beschränktem Maße gearbeitet wird. Es wird darauf hingewiesen, daß in allen Geschäften viel zu ordnen ist, was in der Kriegszeit vernachlässigt und zurückgestellt wurde, sowie darauf, daß die Vorbereitungen zur vollen Betriebsaufnahme leitende Kräfte erfordern und die Wiederbeschaffung der einzelnen Abteilungen mit den früher leitenden Personen ermöglichlich. Da, wo diese Plätze durch andre Kräfte befehligt worden sind, wird anderweitige Verwendung der Ersatzkräfte empfohlen. In denjenigen Betrieben, in welchen insofern darnebeliegenden Geschäftsganges die leitenden Posten nicht befehligt werden können, sollen die Zurückkehrenden, um in ihren Erwartungen nicht getäuscht zu werden, mit andern geeigneten Arbeiten betraut werden.

**Eine neue große Arbeitgeberorganisation.** In Berlin ist vor kurzem ein Arbeitgeberverband für die Papierbearbeitung gegründet worden, der auch den Verband deutscher Buchbindermeister und die bisher in Arbeiterlagungen nicht organisierten Gruppen der Papierverarbeitung umfassen wird. Auch ein Arbeitgeberverband der deutschen Buchhändler hat sich gebildet. Wie verlauset, beabsichtigen diese Organisationen, sich zu einem Kartell der Arbeitgeberverbände für Druckgewerbe, Verlag und Papierverarbeitung zusammenzuschließen; auch der Deutsche Buchdruckerverein, der Schutzverband deutscher Kleinbuchdrucker, alle Papierfabriken usw., insgesamt ungefähr 100000 Betriebe, werden diesem Kartell angehören.

**Das Ende der Preisfreiheit!** Aus allen Gegenden Deutschlands kommen Nachrichten über systematische Vergewaltigungen der Preisfreiheit, so daß man fast täglich nicht mehr von einer solchen reden kann. Seit Anfang dieser Woche stehen sämtliche Berliner Zeitungen unter Kontrolle der Spartaaktion. Der „Vorwärts“ sowie die in den Betrieben von Eberl, Molle und Müllern herausgegebenen Zeitungen konnten sich leicht erheben, während die übrigen Berliner Blätter unter strenge Zensur gestellt wurden. Zum Beispiel findet man in der „Kreuzzeitung“ welche Stellen; amtliche Bekanntmachungen sowie solche von der sozialdemokratischen Partei dürfen nicht veröffentlicht werden. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins verlangt die sofortige Wiederherstellung der uneingeschränkten Preisfreiheit für alle Zeitungen und die Rückgabe des „Vorwärts“ an seine rechtmäßigen Eigentümer; es werden auch diesbezügliche Verhandlungen gepflogen, die jedoch bis dato zu keinem Resultat führten. Ferner haben in Zwickau die Spartaaktionen einen neuen Gewaltstreik vollführt, indem sie am 7. Januar die Drucker des „Sächsischen Volksblattes“ befehligten. Das Personal weigerte sich indes, im Sinne der Spartaaktionen weiter zu wirken, und so wurden sie kurzerhand auf die Straße gesetzt. Vorderrhand ist Erlass noch nicht befehligt, und wir wollen hoffen, daß sich hier nicht auch wie in Braunschweig schon „edle“ Seelen finden, die unsern Kollegen in den Rücken fallen. Auch die „Bränkliche Tagespost“ in Nürnberg wurde von Spartaaktionen befehligt. Schließlich wird aus Gelsenkirchen berichtet: Etwa zehn bewaffnete Spartaaktionen, anscheinend aus Mülheim, erschienen nachts im Geschäftsgebäude der „Gelsenkirchener Zeitung“ und erzwangen die Schließung

der Drucker. Die Zeitung erschien erst am andern Nachmittag als reiner „Geschäftsangeiger“ und für die Folge als „Lokalangeiger“. Die Redaktion zeichnet nicht mehr verantwortlich, auch wird die Zeitung nicht mehr nach, sondern in den Morgenstunden gedruckt.

**Eine ukrainische Arbeitsbeschäftigung.** Vom ukrainischen Kultusministerium wurde ein Auspruch von Gelehrten mit der Überlegung der Seltigen Schrift aus dem Wlilawischen in die ukrainische Sprache, mit einer kritischen Ausgabe der Kirchenbücher und mit ähnlichen Aufgaben betraut.

**Neuerung für die Postwertzeichen Bayerns.** Die gegenwärtig im Druck befindlichen Postwertzeichen Bayerns erhalten den Überdruck „Volksstaat Bayern“. Wann mit der Ausgabe der überdruckten Marken begonnen werden kann, steht jedoch bis jetzt noch nicht fest.

**Der Geschäftsgang im Papier- und im graphischen Gewerbe.** Die Nachrichten des „Reichsarbeitsblattes“ war die Nachfragesituation der Papierfabriken im Monat November 1918 im allgemeinen schwach und schlechter gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahre, besonders in Anbetracht der politischen Umwälzung sowie der Verkehrserschwerigkeiten und des Kohlenmangels. Betriebe, welche Zeitungspapier herstellen, können nach wie vor wegen veringerrter Erzeugung den geforderten Bedarf nicht decken. Gegenüber dem Vorjahr ist immerhin eine Besserung der Lage zu konstatieren. Bezeichnenderweise wird noch immer von einem Mangel an Facharbeitern berichtet, der hoffentlich nunmehr baldigt behoben werden dürfte.

**Der Arbeitsmarkt im Monat November 1918.** In 31 Fachverbänden, welche für 141712 Mitglieder berichteten, waren Ende November 26144 = 1,8 Proz. Arbeitslose vorhanden. Da im Oktober ebenso wie im November des Jahres 1917 die Erwerbslosenziffer mit 0,7 Proz. angegeben wurde, so ist die Zahl der Arbeitslosen seit dem Vormonat bereits beträchtlich gestiegen. Auch die Zahl der Arbeitsuchenden ist gewachsen, und zwar für männliche sowohl wie für weibliche Arbeiter. Während beim männlichen Geschlecht im Oktober auf 100 offene Stellen 46 Arbeitsuchende in Betracht kamen, erhöhte sich diese Zahl im November auf 74; beim weiblichen Geschlecht betrug die Zahl im Oktober 70, stieg aber im Monat November auf 101. Nach den Berichten der Ortskrankenkassen nahm die Zahl der männlichen Beschäftigten im Berichtsmontat um 54620 = 2,1 Proz. zu, während die Zahl der Arbeiterinnen um 52201 = 1,8 Proz. abnahm. Im Vormonat betrug die Abnahme der beschäftigten Männer 3,6 Proz., die der Frauen und Mädchen 4,5 Proz.; im Monat November des Jahres 1917 war eine Zunahme der männlichen Beschäftigten um 0,2 Proz., der weiblichen um 0,9 Proz. zu verzeichnen.

**Aber die Arbeitslosigkeit.** Die Zahl der Erwerbslosen erhöhte sich von Tag zu Tag. Am 2. Januar wurden in Groß-Berlin, trotzdem die Meldungen von 13 Gemeinden fehlten, 105441 Arbeitslose gezählt; in Köln gab es 19000, und in Leipzig waren in der letzten Woche bereits über 20000 Arbeitslose zu verzeichnen. In Frankfurt a. M., wo die Zahl der Erwerbslosen Anfang Januar 10000 weit überschritten hatte, hat der Arbeiterrat, um weiteren Entlassungen vorzubeugen und um die Brennstoffe zu strecken, die tägliche Arbeitszeit ab 6. Januar auf höchstens sechs Stunden herabgesetzt. Die davon Betroffenen haben Anspruch auf Zuschußleistung seitens der Arbeitgeber, soweit solche vereinbart sind, oder aus Mitteln der Erwerbslosenunterstützung. Betriebe, welche Arbeiten ausführen, die zur Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen notwendig sind, sowie das Verkehrsgewerbe sind ausgeschlossen.

**Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform.** Die Gesellschaft für Soziale Reform ladet zu einer Generalversammlung nach Berlin („Reichsgold“) am 29. und 30. Januar ein. Auf der Tagesordnung stehen unter andern ein Vortrag des Staatsministers Dr. Freiherrn v. Berlepsch über: „Die Zukunft der Gesellschaft für Soziale Reform“, ferner der Bericht über die Arbeiten des Unterausschusses für Arbeitsrecht zur Reform des Sozialversicherungsrechtes, erstattet von Dr. Ludwig Henke, sowie Vorträge von Dr. Hugo Selmann und Gewerkschaftssekretär Wedder über die gesetzliche Regelung des Larloertrags. Es handelt sich insonach um eine Tagung praktischer Arbeit; sie soll einerseits zur neuen Lage, auf die sich die Gesellschaft einzurichten hat, Stellung nehmen, andererseits aber diejenigen schwierigen Arbeitsgebiete sunstlich abschließend behandeln, auf denen die Gesellschaft in den letzten Jahren vornehmlich tätig gewesen ist. Da die Sozialgesetzgebung der neuen Regierung noch in denjenigen Anlässen steht, in denen mit dem bloßen Hinwegräumen von Hindernissen eine erste Voraussetzung späteren Aufbaues geschaffen wird, ist es unverändert wichtig, gerade jetzt die Forderungen erneut geltend zu machen, die für die positive Neugestaltung der Sozialgesetzgebung zu erheben sind. Nicht minder aktuell sind die Tarifrechtsfragen; auch hier steht, trotz der diesbezüglichen Verordnung, eine umfassende Befastigung der Regierung beschaffenden Aufgabe erst noch bevor, und es erscheint gerade den nächstbestellten Stellen erwünscht, daß die Gesellschaft für Soziale Reform hierzu Stellung nimmt.

**Gewerbeaufsichtsbeamte aus der Arbeiterchaft.** In Bayern scheidet man zu einer Demokratisierung der Gewerbeaufsicht insofern, als beabsichtigt wird, Arbeiter als Gewerbeaufsichtsbeamte anzustellen, die das Recht erhalten, Betriebe ohne vorherige Anmeldung zu revidieren.

**Feuerungszulage für Altersrentenempfänger.** Wie wir bereits in Nr. 144 des „Korr.“ vom vorigen Jahre berichteten, wird den Empfängern einer reichsgesetzlichen Altersrente vom 1. Januar 1919 ab eine monatliche Zulage in Höhe von 8 Mk. gewährt. Der Rentenempfänger

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Feuerungszulagendebewegung in Leipzig.** Aus Grund der Verammungsbeschlüsse vom 5. Januar haben die Leipziger Gehilfen in allen Betrieben, welche die neuerlichen Feuerungszulagen noch nicht bezahlt hatten, positive Reklamen geübt. Das Resultat dieses Widerstandes zeigte

